

Export) um gut zwei Prozent wachsen — angesichts der überall zu ortenden Talfahrt eine kühne Hoffnung. Und zum anderen soll das Öl im nächsten Jahr keine neuerlichen Preissprünge machen — angesichts des heißen Kriegs am Golf eine geradezu verwegene Annahme.

In jedem Fall — ob das Defizit nun 20 oder 30 Milliarden beträgt — bleibt den Deutschen auch 1981 nichts anderes, als noch mal vom Gesparten in Frankfurt zu zehren. Nur wenn die Bundesbürger weniger einführen oder wenn es gelingt, noch mehr deutsche Produkte im Ausland loszuschlagen, dürfte auf lange Sicht die Bilanz wieder ins Lot geraten.

Für die Devisenprofis sind solche Perspektiven nicht gerade ermutigend. Sie planen ziemlich kurzfristig; ein Land, das die eiserne Reserve angeht, erscheint ihnen als Anlageplatz nicht sonderlich geeignet. Kapitalkräftige Ausländer handeln daher gegenwärtig nach der Devise „Abwarten, wie es weitergeht“ (ein Frankfurter Banker) und schaufeln ihr Geld nach New York oder London.

Um den schon ziemlich tief gesackten Markkurs nicht noch tiefer abrutschen zu lassen, kauften die Devisenhändler der Frankfurter Bundesbank in der ersten Novemberwoche mehrere Milliarden Mark ihrer eigenen Währung auf. Verkehrte Welt: Auch die US-Notenbank, deren Dollar die Bundesbank einst massenweise aufgekauft hatte, stützt nun den Markkurs mit Hilfskäufen. Die französische Regierung verkündete Zinssenkungen, um die Flucht aus der Mark zu bremsen.

Die Ausverkaufsstimmung hielt dennoch an: Vorigen Donnerstag und Freitag sausten deutsche Aktien und Anleihen im freien Fall nach unten. Die meisten Verkaufs-Orders waren von Ausländern gekommen.

RECHT

Kiefer runter

Mit ihren Reformvorschlägen zum Strafrecht liefen die Liberalen, die sich in den nächsten vier Jahren als Hüter des Rechtsstaats hervortun wollen, bei Koalitionspartner Schmidt erst einmal auf.

FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher verließ aufgebracht die Runde, Innenminister Gerhart Baum fühlte sich „gekränkt“, und Helmut Schmidt lief, um seine Erregung zu dämpfen, einsam im Garten vor seinem Bungalow auf und ab.

Auf das, was sich zuvor in den Koalitionsverhandlungen am vorletzten Freitag abgespielt hatte, waren die Liberalen nicht gefaßt gewesen — ob-

schon Baum bei der Diskussion über eine Liberalisierung des Strafrechts, insbesondere über die Revision der Antiterror-Gesetze, mit Streit und hartnäckigem Widerstand der Sozialdemokraten gerechnet hatte.

Vor allem der Kanzler zeigte sich bissig. Brachte Baum Unstreitiges, wie Fragen des Ausländerrechts, vor, raunte Schmidt, darüber sei man sich doch einig. Tischte er schwierige Details auf, etwa das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter, bekam er zu hören, solche Einzelheiten gehörten nicht in Koalitionsverhandlungen.

Ein Anti-Diskriminierungs-Gesetz, das die Sex-Werbung mit Frauen einschränken und für Gleichstellung am Arbeitsplatz sorgen soll, lehnte der



Kontrahenten Vogel, Baum
„Koalition der 50er Jahre“

Regierungschef ab. Begründung: Nirgends in der Welt gebe es solch ein Gesetz. Als Baum schließlich auch noch eines seiner Lieblingsthemen, den Datenschutz, anschnitt, „klappte bei dem“, wie ein Teilnehmer beobachtete, „der Kiefer runter“.

Dem Friedenskanzler und Weltökonom schien das meiste von dem, was der wenig geschätzte Kollege mit ihm aushandeln wollte, im besten Fall kleinkariert, im schlimmsten unannehmbar. Immer aufs neue nervte er die Riege des Koalitionspartners durch verächtliche Grimassen und abschätzige Bemerkungen.

„Was soll das?“ fuhr er ständig dazwischen oder fragte: „Haben Sie keine anderen Sorgen?“ Einiges fand er geradezu „lächerlich“, anderes blockte er kategorisch ab: „Nicht mit mir.“

Die Freidemokraten reagierten zunächst irritiert, dann empört. Was sie für die nächste Legislaturperiode ent-

worfen hatten, mochten sie sich so nicht madig machen lassen.

Vor allem auf den Innenminister, so der Eindruck der liberalen Unterhändler, hatte es der Kanzler abgesehen. Was sie besonders störte: Schmidt war offenkundig nicht bewußt, daß die Umweltschutz- und Rechtsstaats-Politik für die nächsten Jahre zu einem Markenzeichen der FDP werden soll.

Einig wurden sich die Koalitionäre immerhin über eine wichtige Forderung der Liberalen: Bei der Einstellung von Radikalen in den öffentlichen Dienst soll unter dem Stichwort „Funktionsdifferenzierung“ der Friedhofsgärtner anders als der Verfassungsschutzpräsident, der Lokomotivführer anders als ein Richter behandelt werden.

Natur- und Umweltschutzverbände dürfen künftig auch, wie seit langem von der FDP gewünscht, vor Gericht klagen. Ob allerdings Umweltschutz, wie von Baum verlangt, als „Staatsziel“ ins Grundgesetz aufgenommen wird, bedarf noch der „Prüfung“.

Entschieden aber wehrte sich der Kanzler, unterstützt von seinem Chefberater, Justizminister Hans-Jochen Vogel, gegen eine Revision des Strafrechts, besonders der Antiterror-Gesetze.

Die Liberalen hatten einen Katalog von Vorschriften zusammengestellt, die ihrer Ansicht nach reformbedürftig sind. Die Verunglimpfung von Staatsorganen zu bestrafen etwa schien ihnen unnötig, der Paragraph 129a über terroristische Vereinigungen zu weit gefaßt.

Aber nur zwei Paragraphen werden gestrichen: 88a (Befürwortung von Straftaten) und 130a (Anleitung zu Straftaten). Es nutzte nichts, daß Baum ein Urteil des Bundesgerichtshofs zitierte, in dem es ausdrücklich heißt, mit den Antiterror-Gesetzen sei eine „Einbuße an Liberalität“ verbunden.

Auch das Kernstück ihrer Forderungen, eine Revision des Kontaktsperre-Gesetzes, konnte die FDP-Delegation nicht durchsetzen. Nach ihren Plänen sollte den Angeklagten in Krisenzeiten wie bei der Schleyer-Entführung der Kontakt mit ihren Pflichtverteidigern wieder erlaubt sein.

Schmidt und Vogel lehnten ab: Der Vorschlag diskriminiere die Wahlverteidiger, die in Ausnahmesituationen nicht zu ihren Mandanten dürften.

Genschers Vorschlag, die Fraktionen könnten im Parlament einen „Gruppen-Antrag“ einbringen, fand keine Gnade. Erst nach langem Hin und Her kam es zu der nicht gerade verbindlichen Absichtserklärung, eine Novelle solle „angestrebt“ werden.

Für die größte Verstimmung sorgte Schmidt, als er den Wunsch der Liberalen, den Paragraphen 175 abzuschaffen, als Kuriosität behandelte. Genscher zeigte sich betroffen, wie wenig Verständnis der Kanzler für Probleme

von Minderheiten aufbringe. Verdrossen erinnerte er Schmidt daran, daß die Gesellschaft gerade an Homosexuellen, von denen viele in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches umgebracht wurden, noch einiges gutzumachen habe.

Schmidt indes blieb unnachgiebig: „Da müssen Sie sich einen anderen Koalitionspartner suchen.“

Justizminister Vogel, der neuen Streit mit den Kirchen befürchtet, schlug schließlich eine Kompromißformel vor: Es herrsche „Einvernehmen“, daß die FDP die Sache in der Debatte über die Regierungserklärung „ansprechen“ werde. Das wiederum fand Genschers grotesk.

Innenminister Baum vorigen Montag vor Parteifreunden in der Fraktion: „Das ist ja wie in den 50er Jahren in der Koalition mit der CDU, da mußten wir genauso auf die Kirchen Rücksicht nehmen.“

Der Papst wird's mit Wohlgefallen hören.

BILDUNGSPOLITIK

Einfach gestorben

Gegen Widerstand in den eigenen Reihen hat die FDP durchgesetzt, die Mittel für Bildungsreformen drastisch zu kürzen.

Die freidemokratische Bildungsexpertin Helga Schuchardt war nach den Koalitionsverhandlungen enttäuscht. Es sei schon „bitter“, klagte die FDP-Abgeordnete, wie „wenig kämpferisch“ sich der zuständige SPD-Minister Jürgen Schmude für die Bildungspolitik eingesetzt habe.

Als die Koalitionsrunde am Sonntag vorletzter Woche über den Ausbau der Hochschulen, das Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) und ein Förderungsprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs diskutierte, hatte Schmude allenfalls gedämpfte Anteilnahme gezeigt.

Hie und da bekräftigte der Ressortchef Helga Schuchardts heftige Kritik an den Kürzungsvorschlägen mit einem zustimmenden Nicken oder einem beifälligen „So ist es“. Sonst aber fühlte sich die FDP-Dame „ziemlich allein gelassen“.

Schmudes Schweigsamkeit war Taktik. Er hielt es beim Streit um die Bildungsmillionen für wirkungsvoller, der Freidemokratin „den Vortritt zu lassen“. Schließlich waren es die „übertriebenen Sparvorstellungen ihrer eigenen Parteifreunde“, so der Minister, die es „vom Tisch zu bringen galt“.

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der amtierende FDP-Fraktionschef Hans-Günter Hoppe hatten wenige Tage zuvor in einer Koalitionssitzung den Haushalt des Bundesressorts rigoros gestutzt.

Die Mittel für den Ausbau der Hochschulen sollten von 850 Millionen auf rund 500 Millionen Mark gekürzt werden. Von ihrem Bafög sollten die Stipendiaten später mehr zurückzahlen müssen: statt bisher monatlich 150 Mark pro Stipendium, die als Darlehen gelten, künftig 300 Mark. Und das, obwohl die FDP in ihrem Wahlprogramm versprochen hatte, das Studentengehalt, wie früher, als Zuschuß zu gewähren.

Eigentlich sollte mit Hoppes und Lambsdorffs Kürzkonzzept das Thema Bildungspolitik, Anfang der siebziger Jahre noch die gesellschaftspolitische Reform mit der höchsten Priorität, abgehakt sein. „Die Lebensperspektive der jungen Generation“, kommentierte der SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing, „steht nicht mehr zur Debatte.“

Auf Betreiben Schmudes und auf Drängen der FDP-Fraktion mußte sich die Koalitionsrunde dann doch noch einmal mit der Bildung befassen. Ergebnis: Für den Hochschulbau wird es nun 680 Millionen Mark geben, also nicht 40, sondern nur 20 Prozent weniger. Lambsdorff und Hoppe hatten übersehen, daß sich von 1981 an eine Studentenlawine auf die Universitäten zuwält. Statt wie heute rund eine Million werden in einigen Jahren 1,3 Millionen junge Leute studieren.

Ebenfalls „von keinerlei Sachkenntnis getrübt“ (Schuchardt) dünkte der FDP-Expertin der Plan, die Mittel für den Bau von Studentenwohnheimen im nächsten Jahr um die Hälfte auf 30



Bildungsminister Schmude
Taktisches Schweigen

Millionen Mark zu kürzen und danach völlig zu streichen. Denn längst hat der Bund den Ländern verbindliche Zusagen fürs nächste Jahr in Höhe von 60 Millionen Mark gemacht. Und staatliche Hilfe tut not.

Schon heute gibt es für Studenten kaum noch Wohnungen. In Bochum etwa wurden die Hochschüler notdürftig in Zelten untergebracht. In immer mehr Universitätsstädten greifen die Studiosi zur Selbsthilfe und besetzen leerstehende Häuser oder kampieren in Schlafwagen.

Hinnehmen muß der Minister, daß es für die Ausbildungsförderung von Schülern und Studenten in den nächsten Jahren nicht mehr Geld geben wird. Die Bafög-Mittel sollen auf dem Stand von 2,4 Milliarden Mark jährlich eingefroren werden.

Wie dieses Geld verteilt wird, wollten sich Helga Schuchardt und Schmude allerdings nicht vom Wirtschaftsminister vorschreiben lassen. „Unterhalb dieses Plafonds“, meint der Minister, „gibt es Spielraum, strukturell etwas zu ändern.“

Auf keinen Fall will er den Anteil der Darlehen erhöhen oder, wie die FDP vorschlägt, den 100 000 geförderten Schülern des zehnten Schuljahres das staatliche Stipendium wieder abnehmen.

Umverteilt werden soll nun zugunsten der sozial Schwachen. Bluten müssen dafür die Söhne und Töchter von Landwirten und Selbständigen. Ihre Eltern nutzen oft vielfältige Abschreibungsmöglichkeiten, haben deshalb auf dem Papier nur relativ wenig steuerpflichtiges Einkommen und kassieren so, obgleich wohlhabend, die Ausbildungshilfen des Staates.

In letzter Minute erhielt Schmude, dank Helga Schuchardts Einspruch, den Segen der Koalitionsrunde für ein Graduiertenförderungsgesetz, mit dem der wissenschaftliche Nachwuchs bei Promotion und Habilitation unterstützt werden soll. Es ist nun das einzige und vorerst letzte Gesetz, an dem das an Kompetenzen arme Bildungsressort herumbasteln kann — freilich mit der Auflage, daß es nicht zu teuer werden darf.

Den Reformeifer seines Ressorts will der Minister aber nicht „an den Haushaltszuwächsen messen“ lassen. Er ist schon froh, daß ihm 200 Millionen Mark für überbetriebliche Ausbildungsstätten in der Berufsbildung und 120 Millionen Mark für Modellprojekte, mit denen Ausländerkinder integriert und Mädchen in Männerberufen ausgebildet werden, nicht gestrichen wurden.

Doch Schmudes Bescheidenheit wird nicht von allen Genossen geteilt. SPD-Bildungsexperte Thüsing: „Das Ende der Bildungsreform wird nicht verkündet — man läßt sie einfach dahinstehen.“ ♦